

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 7. November 1924.

.....

Geehrte Redaktion!

Am Samstag, den 8. November 1924 um 10 Uhr vormittags wird die neue Uhr auf dem Rathausurm montiert werden. Die Herren Vertreter der Presse werden hierzu freundlichst eingeladen. Die Zusammenkunft ist pünktlich um 10 Uhr vormittags im Journalistenzimmer des Rathauses.

-----

WIENER GEMEINDERAT.

Bürgermeister Seitz eröffnet um halb 5 Uhr die Sitzung und gibt bekannt, dass die Punkte 2 und 3 heute nicht verhandelt werden. Es wird hierauf die Debatte zum Kapitel 4 des Hauptrechnungsabschlusses "Wohnungswesen und sozial Politik" fortgesetzt. Gemeinderat Doppler (ch-soz.) politisiert gegen die Ausführungen des amtsf. Stadtrates Weber in der letzten Sitzung und bezeichnet dessen Vergleiche zwischen dem Wohnungswesen von damals und heute als unzutreffend. Wenn Stadtrat Weber zum Beweise der damaligen Wohnungsnot eine grosse Obdachlosen Demonstration vor dem Rathause anführte, so müsse festgestellt werden, dass damals in Wien ungefähr 7500 Wohnungen leer standen, sodass eine Demonstration wegen Wohnungsnot eigentlich nicht notwendig gewesen sei. Die damalige Gemeindeverwaltung habe gerade im Jahre 1911 dem Asyl für Obdachlose in Meidling einen grossen Baugrund übergeben und zum obdachlosen Heim einen Zubau mit einem Kostenaufwand von 600.000 Goldkronen, d. s. 8,6 Milliarden Papierkronen, geschaffen. Diese Tatsachen könne man nicht einfach übergehen. Stadtrat Weber hatte davon nicht gesprochen, sondern lediglich von den Demonstrationen erzählt und hinzu gefügt, die Zahl der Obdachlosen sei damals grösser gewesen als heute. Die Obdachlosendemonstration ist also kein Beweis für die damalige Wohnungsnot. Die soz. Partei hat im Jahre 1911 auch eine Teuerungs demonstration veranstaltet, in deren Verlauf Geschäftslokale demoliert und geplündert, Parkanlagen verwüstet und Schulen zerstört wurden. Man kann eben solche Demonstrationen auf eine andere Weise zustande bringen. Genau so wurde die Obdachlosendemonstration gemacht.

Redner verweist darauf, dass in den Jahren 1911 bis 1913 der Wohnungszuwachs derart gewesen sei, dass er über das von der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung aufgestellte Bauprogramm weit hinausgreift. In diesem Zeitabschnitte wurden nämlich fast 40.000 neue Wohnungen geschaffen, und fast 6.000 Geschäftslokale. Und das ohne Wohnbausteuer und ohne städtische Eigenregie. Da ist es doch eine Kühnheit zu behaupten es sei damals auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge gar nichts geschehen. Es wurde auch der Ausschuss für städtische Wohnungsfürsorge eingesetzt und im Juni 1913 wurden Baurechte zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen und Kleinbetrieben bestellt. Angesichts dieser Tatsache kann man wohl sagen wäre sehr notwendig, dass der städtische Wohnhausbau heute von der Fürsorgeabgabe befreit werden würde. Die Gemeindeverwaltung hat auf dem Gebiete des Wohnungswesens in den Jahren 1911 bis 1913 auch andere Leistungen vollbracht, die sich sehen lassen können. So wurde damals ein grosser Bauploek der Freihaus-Realität um 595.000 Goldkronen, d. s. 8,62 Milliarden Papierkronen auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses vom 11. Juli 1913 erworben und gleichzeitig der Grund an die Gesellschaft für gemeinnützige Wohnungsbauten auf 70 Jahre in das Erbbaurecht zur Erbauung von 170 Kleinwohnungen übergeben. Heute müssen die Siedler ihre Bauten, die sie im Schwelme ihres Angesichtes schufen, schon nach 30 Jahren der Gemeinde übergeben. Auf der Schmelz wurden im Jahre 1913 an die Gesellschaft der Militärzertifikatisten komunale Baugründe überlassen für den geringen Bauzins von 1800 Kronen jährlich und die Erbauung von 68 Kleinwohnungen wurde in das Baurecht gegeben. Wir haben auch hier eine ganz bedeutende Wohnungsfürsorge in einer Zeit wo kein Wohnungs-

mangel herrschte. Schliesslich ist auch die Erbauung von Wohnungen für städt. Bedienstete durch die städtischen Unternehmungen hinzuweisen.

Man muss also zugeben, dass hier wirklich in eminentesten Sinne Wohnungsfürsorge getrieben wurde. Ich habe schon gesagt, dass man Demonstrationen künstlich machen könne und füge hinzu, dass es zu allen Zeiten Menschen gegeben hat, die sich nicht sonderlich um ein Quartier bemüht haben, auch nicht um einen Erwerb, sondern die sich das tägliche Brot auf anderem Wege zu erwerben trachteten. Das sind Leute, die es sich im Sommer gut gehen lassen und im Winter eine andere Unterkunft in den verschiedenen öffentlichen Anstalten suchen, welche so wenig an Delikten begehen, dass es gerade für den Winter für das Gefängnis hinreichte. Andere ziehen es wieder vor, in die Kanäle zu steigen. Solche Menschen hat es immer gegeben und wird es immer geben. Das sind berufsmässige Obdachlose, die nie ernstlich daran denken, sich ein Quartier zu schaffen. Heute sind viele anständige Menschen obdachlos, die furchtbar darunter leiden, die es als grösste Schande und als Unglück empfinden, obdachlos zu sein, und es ist geradezu eine Beleidigung der heutigen Obdachlosen, wenn sie mit jedem verglichen werden, die vielleicht der Hetz halber an einer Demonstration teilgenommen haben.

Der amtsführende Stadtrat Weber hat auch die heutige Wohnkultur gepriesen. Mag sein, dass einige wenige Menschen heute eine bessere Wohnkultur haben, aber summarisch haben doch ernstlich nicht davon gesprochen werden, dass eine höhere Wohnkultur herrscht. Das ist eine Fiktion. Heute müssen Menschen, die einander oft hassen, enge beisammenhausen, in einem Raum sind oft drei Generationen zusammengepfercht, die nicht auseinander können, weil das Moment des Notstandes nicht zu haben ist. Man rümt sich, das Bettgeherwesen beseitigt zu haben, aber es ist doch gleichgültig ob das Untermieterwesen herrscht wie heute, oder das Bettgeherwesen von einst, das Untermieterwesen, welches die moralische Sittenlosigkeit und die Volksseuche Tuberkulose geradezu im Ueberfluss züchtet, wo Säuglinge von Unterstandlosen in Arrestzellen untergebracht werden u. dgl. mehr in einer solchen Zeit darf man nicht von Wohnkultur sprechen, sondern nur vom tiefsten und bittersten Wohnungselend und da dürfen wir uns gegenseitig nichts machen.

Auch die Einreihung in die Notstandsliste erfolgt bürokratisch. Ich selbst habe fest gestellt, dass eine Familie, die in drei Teile zerlassen ist, am 13. Oktober um die Einreihung in die Notstandsliste angesucht hat. Trotz-dem seit dieser Zeit bereits mehr als drei Wochen vergangen sind, kann die Partei keinen Bescheid erhalten, ob sie in die Notstandsliste aufgenommen worden ist. Das ist es, was ich so sehr hasse, wogegen ich immer aufträte. Es ist nicht notwendig, dass solche Erhebungen drei bis vier Wochen dauern. Die Leute leiden furchtbar und das Wohnungsamt muss rasch handeln. Ein solcher Akt muss innerhalb 24 Stunden erhoben sein. Wir müssen immer wieder verlangen, dass hier ein anderes Tempo eingeschlagen wird. Schliesslich muss auch dafür gesorgt werden, dass diese Notstandsfälle auch unterkommen. Die Ausführungen des Stadtrates Weber in der letzten Gemeinderatsitzung zwingen dazu, dieses ganze Versagen des Wohnungsamtes mit aller Deutlichkeit aufzuzeigen. Es ist nicht immer so, dass nur Gefälligkeitskündigungen erfolgen. Es mag schon vorkommen, dass solche Kündigungen geschehen, aber es darf nicht der bloße Verdacht schon dazu führen, dass man die Leute warten lässt. Es ist erklärlich, dass selbst Verwandte, wenn sie einige Jahre sehr schlecht und beengt gewohnt haben, von dem gesetzlichen Mittel der Kündigung Gebrauch ma-

chen, was Ihnen gar nicht zu verargen ist. Es muß da zu Situationen kommen, die unträglich sind. Die Dinge müssen etwas realer angesehen und verstanden werden. Die Stadt Dresden, deren Verwaltung Ihnen ziemlich nahe steht, hat bereits zu einem anderen System der Bekämpfung der Wohnungsnot gegriffen, das dazu führt, daß auch der Wohnungssuchende einen Teil der Baukosten auf sich nimmt. Das muß nicht immer gleich so verstanden werden, daß nur die Brieftasche entscheidet. Es wurde auch gesagt, daß wir deswegen mit dem System nicht einverstanden sind weil wir unsere Fälle nicht unterbringen können. Ich habe mir nichts eingeblendet, daß ein Mitglied der Minderheit so viel Einfluß besitzt, daß es etwas erreichen könnte. Aber als Mitglied der Kommission habe ich das Recht zu verlangen, daß wirklich die Bedürftigsten untergebracht werden.

Redner bespricht nun die Frage der Gehsteigreinigung und vergleicht die Steuereingänge der Gemeinde in den Jahren 1911 bis 1913 mit denen des Berichtsjahres. Er hält der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung vor, daß sie seinerzeit versprochen habe die Kosten der Gehsteigreinigung zu übernehmen und verweist auf einen Beschluß. Redner schließt mit der Versicherung, daß die Minderheit derartige Fragen nicht vom politischen Standpunkt behandle und wünscht, daß die Gemeindeverwaltung sich bemühe der Kritik der Minderheit Rechnung zu tragen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Es wird nun in die Beratung der Verwaltungsgruppe V (Technische Angelegenheiten) eingegangen.

G.R. Biber (Chri. soz.) stellt zunächst den Antrag, daß der Rechnungsabschluß zuerst den Ausschüssen vorgelegt werde und bemängelt, daß sich aus dem Rechnungsabschluß kein richtiges Bild von der Verwaltung der Betriebe ergebe, insbesondere werden im Rechnungsabschluß nicht die Erfolge der einzelnen Betriebe erwähnt. Redner bespricht nun den Betrieb der Steinbrüche in Oberstarrsch, dann den Schotterbruch in Exelberg und schließlich das Ziegelwerk in Oberlisa, das nach den Plänen bereits im Frühjahr 1924 im Betrieb gesetzt werden sollte, aber bisher noch nicht eröffnet worden ist. Der Lehm dieses Werkes soll kalkhaltig sein, also sich zur Ziegelerzeugung nicht besonders eignen, es ist zu hoffen, dass sich diese Annahme nicht bewahrheitet, denn für das Ziegelwerk wurden 26 Milliarden ausgegeben. Redner bespricht dann einzelne Posten der Verwaltungsgruppe, die Baustoffbeschaffung, den Fahrwerksbetrieb und das Gartenwesen und bemängelt die Abrechnung die kein genaues Bild über die Gebarung ermögliche. Beispielsweise werden zu den 9 Systemisierten Kraftwagen noch 9 Reservewagen ausgewiesen ohne dass man aus dem Rechnungsabschluss ersehen könne, in welcher Art diese Reservewagen herangezogen werden. Soviel ergebe sich aber aus den Ziffern, dass die Kraftwagen augenscheinlich nicht genügend ausgenützt werden. Man vermisze auch eine Post für die Amortisation der Wagen. Die Sache scheine also nicht mit jener Einsicht geführt zu werden, die ein rationeller Betrieb erfordert. Zur Straßepflege, erklärt Redner, könnte ich bis Mitternacht sprechen und wohl noch einige Tage. Ich will nicht kurz fassen und nur feststellen, dass die Gemeindeverwaltung heute das Publikum mit einer ganz besonderen Rücksichtslosigkeit behandelt. Wenn eine Strasse gepflastert wird, sperrt man sie einfach für den Verkehr ab, hält sie viele Wochen gesperrt und kümmert sich nicht, welche Störungen daraus im Wirtschaftsleben entstehen. Wo hätte sich eine Gemeindeverwaltung früher einen solchen Terror erlauben dürfen? Die Mehrheit scheine der Ansicht zu sein, sie dürfe das Volk in der unsinnigsten Weise schikanieren. Bei der Gruppe „Gartenwesen“

bemerkt Redner, dass die Gemeinde den Kleingärtnern, also Steuerträgern unläutere Konkurrenz mache. Die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten ist eine der wichtigsten und Bedeutendsten. Selbst wenn in diesem Abschnitt alles auf das Beste eingerichtet wäre so kann unmöglich damit erreicht werden, dass das grosse Elend in der Bevölkerung auch nur gelindert wird. Der amtsführende Stadtrat hat sich damit geprahlt, dass es der Mehrheit gelungen sei, den Wohnungsstandart zu heben. Ich gebe zu, dass die Wohngebäude die Sie errichten wirklich schön sind und wir haben erst kürzlich bei der Eröffnung des Fuchsenfeldhofes Gelegenheit gehabt, wirklich schöne Bauten zu sehen. Aber dass schaffen doch die Künstler und dieser Rham hat mit Ihrer Verwaltung nichts zu tun. Mit dem Geld eines anderen, kann der dümmste Kerl bauen. Auf diese Weise werden Sie die Wohnkultur nicht heben und im Auslande lacht man darüber. Die Wohnkultur kann nur gehoben werden, wenn auch der Wohlstand der Bevölkerung gehoben wird. Sie müssen diesem Volke bessere Lebensverhältnisse schaffen, dann wird die Wohnkultur von selbst kommen. Sie haben durch Ihre masslosen Steuern die Bevölkerung schwer belastet und jedes Geschäftsleben unterbunden. Allein durch die Automobilsteuer und die Besteuerung des Fremdenverkehrs sind tausende von Menschen brotlos geworden. Aber Sie haben erklärt auf diese Einnahmen nicht verzichten zu können. Solange Sie nicht bei Ihrer Steuerpolitik den Hebel ansetzen kann eine Besserung nicht erfolgen. (Beifall)

G.R. Brock ( ch. s. ) geht zunächst das bei den Rechnungsabschlüssen mehrerer Betriebe der Verwaltungsgruppe V eine Uebersicht über die Erzeugungsabgaben fehlt und geht dann auf die einzelnen Posten in der Gruppe über. Die Leistungen bei der Strassenpflasterung seien jetzt nicht grösser als die der seinerzeitigen Gemeindeverwaltung. Besonders beklagenswert sei das Tempo indem diese Arbeiten vorgenommen werden, wie in der Alserbachstrasse und in der Pfluggasse. Ferner sei es bedauerlich dass die Gelungen der Strassen nur stückweise ausgeführt werden, Schliesslich bespricht Redner die Gartenanlagen die Erhaltung der Denkmäler für die eine zu geringe Summe ausgegeben sei, die Beleuchtung und die Erhaltung der Schulgebäude. <sup>Mit</sup> den technischen Werkstätten <sup>sei</sup> er schon aus prinzipiellen Gründen nicht einverstanden. Redner bespricht endlich die Steuerbelastung der Bevölkerung und schliesst mit den Worten : das beste Geschenk für das Volk wäre, wenn sie an Stelle dieses Steuerreferenten einen dem Volke besser gesinnten Steuerreferenten setzen würden. ( Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen ).

Str R. Breitner ; Ich sitze fest !

In der Debatte über die Verwaltungsgruppe VI ( Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten ) erhält zunächst das Wort Vize Bürgermeister Hoß ( ch.s. ), der sich dem Antrage des Gemeinderates Biber anschliesst nach welchem die Rechnungsabschlüsse ebenso wie die Voranschläge zuerst den Verwaltungsausschüssen vorgelegt werden sollen womit neben anderen Vorteilen sich auch der zeigen würde, dass die Debattendes Gemeinderates über diese Vorlagen entlastet würden. Bezüglich der Post „ Märkte, Markthallen und Schächthöfe " wünscht Redner, dass von den Neubauten Abrechnungen vorgelegt werden. Der Kontumazmarkt sei bereits seit längerer Zeit fertig. Die im Rechnungsabschluss verzeichneten Nettoeinnahmen von 2 Milliarden seien nach seiner Meinung nicht richtig, sondern diese seien viel höher. Jedenfalls wären da Erhöhungen der Gebühren unnötig. Die Grossmarkthalle ist seit langem unzulänglich, sie wird eben gegenwärtig viel stärker ausgenutzt als früher, aber <sup>an</sup> eine bauliche Ausgestaltung ist nicht zu denken. Es muss daher ein anderer Platz oder eine Teilung der Halle in Aussicht genommen werden. Die Gemeindeverwaltung möge sich schon jetzt mit dieser wichtigen Frage beschäftigen. Redner bezeichnet die Aufstellung des Wirtschaftsamttes im Rechnungsabschlusse als unklar, eine bessere Uebersicht und eine detaillierte Verrechnung seien dringend wünschenswert. Wenn die Gemeinde eine gesunde Grundpolitik führen will, müsse sie einzelne Gebiete parzellieren lassen und diese Parzellen zu entsprechenden Preisen verkaufen. Die Gemeinde werde nach den bisher angewendeten Rezept die Wohnungsfrage nicht lösen können, denn es zeige sich, dass sie teurer baue als Privatunternehmer bauen würden. Redner appelliert an die Mehrheit, nicht auf den Justamentstandpunkt zu verharren, sondern auch einen anderen vernünftigen Vorschlag zugänglich zu sein, denn erst dann werde die Wohnungsfrage in einer allseits befriedigenden günstigen Form gelöst werden können. G.R. Stöger (ch.s.) tritt der Anschauung entgegen, dass der Bund die Gemeinde Wien finanziell ruinieren wolle. Es sei auch unrichtig, dass unter der christlich sozialen Herrschaft auf dem Gebiete des Schulwesens weniger Opfer gebracht worden sind als heute. Wenn der Präsident Glückel triumphierend verkündete, dass für ein Schulkind in Wien jährlich 2 Millionen ausgegeben werden, so ergebe sich bei Betrachtung der Schulwirtschaft unter der christlich sozialen Verwaltung, dass beispielsweise im Jahre 1913 nach dem Umrechnungsschlüssel für ein Schulkind jährlich um <sup>472000</sup> - Kronen mehr ausgegeben worden sind. ( Hört- Hörtrufe bei den christlichsozialen. ) Die Christlichsozialen haben während ihres Regiens rund 100 Schulpaläste errichtet, während unter

der sozialdemokratischen Herrschaft gar nichts gebaut worden ist.

Die Sozialdemokraten sagen allerdings, dass sie angesichts der geringeren Schülerzahl keine neuen Schulbauten aufzuführen brauchen. Aber sie sollten doch wenigstens für die Instandhaltung sorgen. Die Leistungen auf diesem Gebiete sind aber, wie der Rechnungsabschluss beweist, durchaus unzulänglich. Von dem über 600 Milliarden betragenden Ueberschussen wurde nur der lächerlich geringe Betrag von 41 Milliarden für Bestreitung aller Schulerfordernisse aufgewendet. Seit zwei Jahren gibt es in den Schulen keine Schwämme und Tafeltücher, die Proletariarkinder müssen zuhause um Fetzen bitten, damit der Lehrer die Tafel abwischen kann. Das traurigste Kapitel aber ist die Klassenlektür. Es werden den Kindern Bücher in die Hand gegeben die die Jugend demoralisieren und vergiften. Diese Bücher stammen aus dem Verlage des Stadtschulrates der damit ein gutes Geschäft macht, die Buchhändler auf das schwerste schädigt, und die Geschäfte des sozialdemokratischen Parteiprogrammes besorgt. Bei neunjährigen Kindern werde das Problem der sexuellen Aufklärung in Angriff genommen, neunjährige Mädchen erhalten als Klassenlektür Liebesgeschichten, glaubensfeindlichen Inhaltes. Redner zitiert zum Beweise dessen, den Inhalt verschiedener Bücher, darunter zweier Novellen Kürnbengers " Der Bildstock " und der " Wildsee " in denen die Marienverehrung verspottet und geschmäht werde. Kein Wunder wenn sich die Fälle mehren, dass Schulkinder mit dem Kruzifix aufeinanderlosschlagen. Redner bespricht hierauf den Zustand der unentgeltlich den Schülern übergebenen Bücher die verschmiert und zerfetzt seien. Es sei ein Unsinn Kindern von Schiebern ebenso wie den Kindern des Proletariats und des Mittelstandes die Bücher umsonst zu geben. Besser wäre eine Bestimmung, dass allen Eltern Anspruch auf die unentgeltlichen Schulbücher freistehe. Die Schreib- und Zeichenrequisieten, die Bleistifte und Reisszeuge werden gleichfalls in schlechten Qualität und in ungenügenden Mengen geliefert. Die Verwaltung der städtischen Schulgebäude fordere auch zur Kritik heraus. Redner lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit nicht bloß des Finanzreferenten sondern auch des Bürgermeisters auf den Zustand der Realschule in der Wallergasse die vor dem Verfall stehen und trotz der Verpflichtung der Gemeinde trage diese nichts zu den Reparaturspesen bei. Redner schliesst damit, dass er den Rechnungsabschluss ablehnt. ( Beifall bei den Parteigenossen )

G.R. Bawerka ( ch.s. ) schliesst sich den Klagen des Vorredners bezüglich der Qualität und der ungenügenden Menge der gelieferten Schulrequisieten an. Der Zustand der unentgeltlich gelieferten Schulmittel sei entsetzlich.

G.R. Stöger ( ch.s. ) Seit 14 Jahren sind keine neuen Bücher gedruckt worden.

G.R. Bawerka Gewiss gibt es ähnliche Fälle nicht in allen Bundesländern der österreichisch ungarischen Monarchie ! ( Heiterkeit und Zwischenrufe. ) Glauben sie ich bin ein Monarchist ? Fällt mir gar nicht ein ! Sie wissen, dass meine republikanische Ueberzeugung mindestens so alt ist wie die ihre. ( Rufe bei der Mehrheit : Bravo ! Bravo ! ) Aber mit welcher Gedankenlosigkeit neue Bücher fabriziert werden, zeigt eine neue Schulgeographie die 1923 aufgelegt wurde. Darin ist zu lesen : Die österreichisch ungarische Monarchie zerfällt in zwei Gebiete, in die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder und in die Länder der ungarischen Krone ( Lebhaftes Heiterkeit bei der Minderheit. )

G.R. Untermüller ( ch.s. ) Wollen sie die Monarchie wieder aufrichten ?

G.R. Bawerka Das sind im Zeitalter der Schulreform die Schulbücher die den Schülern in die Hände gegeben werden : unveränderte Abdrücke der alten Auflage.

In dem Jahre des Billionenüberschusses ist in den Schulbetrieben an Kindern und Lehrern geradezu verbrecherisch gespart worden. Während des Winters 1923 haben Kinder und Lehrer in den Schulen frieren müssen, sodass gewisshafte Schulleiter gezwungen waren den Unterricht einzustellen und den Stadtschulrat um Abhilfe anzugehen. Aber selbst der Stadtschulrat konnte eine Änderung dieses standalösen Zustandes nicht herbeiführen, die Gemeindeverwaltung ist alle Vorstellungen gegenüber taub geblieben. Heute wurde mit berichtet, dass infolge dieser Zustände Massenerkrankungen von Schulkindern und Lehrpersonen vorgekommen sind. Im weiteren Verlaufe seiner Rede beschäftigt sich G.R. Wawerke ausführlich mit der Haltung des Stadtschulrates, den er als die Parteiexekutive der Rathausverwaltung bezeichnet und kündigt die schärfste Opposition der christlich-sozialen an; falls der Stadtschulrat seine Haltung nicht ändert und insbesondere seine kulturkämpferischen Bestrebungen nicht einstellt.

Damit ist die Spezialdebatte über die Gruppe VI (Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten) beendet und es wird zur Debatte über die Gruppe VII (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) geschritten.

G.R. Wielsch (chr. soz.) tritt für eine ausgiebigere Unterstützung der freiwilligen Feuerwehren ein. Sie verlangt vor allem, dass den freiwilligen Feuerwehren höhere Subventionen bewilligt werden. Auch die Gemeindegeldsubvention für die Pflege des Körpersportes, für Theater- und Musikaufführungen, sowie für die Ausgestaltung der städtischen Sammlungen seien zu gering. Der Finanzreferent möge doch nicht so zugeknöpft sein.

Da zu dieser Gruppe keine weitere Wortmeldung vorliegt, wird in die Spezialdebatte über die Gruppe VIII (Städtische Unternehmungen) eingegangen.

G.R. Holoubek (chr. soz.) erklärt, dass der gewaltige Ueberschuss der Gemeindeverwaltung nur dem Uenfer Sanierungswerk zu danken sei. Bei den städtischen Unternehmungen, die heute das Rückgrat der Gemeinde bilden, wird immer wieder vergessen zu sagen, dass diese Betriebe Früchte der genialen Schaffenskraft des unvergesslichen Bürgermeisters Dr. Karl Lueger sind. Die Ausweise über den Ertrag der einzelnen städtischen Unternehmungen sind vielfach mangelhaft und lassen die genaueren Einzelheiten, vor allem die Personalausgaben, nicht genau erkennen. Auf dem Gebiet der städtischen Unternehmungen wäre noch manches zu wünschen. Obwohl das Gaswerk einen Ueberschuss hat, werden die Voraustahlungen, die in guten Kronen geleistet wurden, noch immer nicht einmal in schlechten Kronen rückgezahlt. Die Tarife für Gas und Elektrizität seien derart hoch, dass in jedem Haushalt vor der Bezahlung der Rechnungen wahrer Schrecken herrscht. Auf der Strassenbahn herrscht eine furchtbare Ueberfüllung, die den Dienst der Bediensteten zu einem Martyrium mache. Die Auflassung der vielen Haltestellen führe zu Unfällen, weil die Leute oft abspringen.

ST.R. Breitner: Es war die Debatte über den Rechnungsabschluss eigentlich eine ausgewachsene Budgetdebatte und ich hoffe, dass die Minderheit dies bei der Beratung der Voranschläge mir gutbuchen wird (Heiterkeit). Gemeinderat Zimmerl hatte die Freundlichkeit die zeitgerechte Vorlage des Rechnungsabschlusses anzuerkennen und sich mit mir in dem Dank an die pflichttreue Beamtenschaft zu vereinen. Damit war aber auch leider die Übereinstimmung der Minderheit mit diesem Rechnungsabschluss zu Ende und sonst waren nur Worte missbilligender Kritik zu hören. Wenn ich irgendeine Zusammenfassung dieser Aufstellungen zu finden mich bemühe, so liegt sie eigentlich und im Wesen auf die Gebiete einiger Luxussteuern, auf dem Gebiete der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, der Lustbarkeits- und Fremdenzimmerabgabe und die stimmt mit den vielen Artikeln überein, die wir in den letzten Tagen lesen konnten und die den Auftakt und die Begleitung zu jenen Kundgebungen bildeten, die sich gegen die Steuerpolitik der Gemeinde wenden und deren Trägen ja auch im grossen und ganzen das Schankgewerbe ist. Es kann nicht geleugnet werden, dass gewisse Schichten dieses Gewerbes mit einer härteren Steuer belegt sind als andere Kreise, wobei aber immer beachtet werden muss, dass wir natürlich nicht diese Betriebsinhaber besteuern, sondern den Besucher, weil wir ganz offen der Meinung sind, dass in der Zeit, wie wir sie jetzt erleben und in denen weite Kreise der Bevölkerung den schwersten Kampf um des Lebens Notdurft zu kämpfen haben, jene Menschen, denen es ihre Verhältnisse gestatten, sich Vergnügungen zu gönnen, auch verpflichtet sind, zu den Kosten des Gemeinwesens beizutragen (Sehr richtig!). Wir haben eine andere Art des Aufbaues der Belastung der Bevölkerung und um die geht ja in Wirklichkeit seit den Jahren, in denen wir hier verwalten, der ganze Kampf. Wir haben es uns eben zum Leitsatz gemacht, dort zu besteuern, wo dies leichter ertragen werden kann und jene breiten Schichten unserer Bevölkerung so weit als möglich von der direkten und indirekten Besteuerung frei zu lassen. Von der direkten Besteuerung, wie sie sich ausgedrückt hat in den Mietzinsen, von denen ja ein sehr grosser Teil in die Kassen der öffentlichen Verwaltung geflossen ist, von jenen indirekten Besteuerungen, wie sie sich darin ausgedrückt haben, dass die grossen städtischen Monopole, denen sich in einer Stadt wie Wien niemand zu entziehen vermag, auch als eine Steuermaschine gebraucht worden sind. Herr Zimmerl hat in seiner Rede darauf verwiesen, dass wir trotz des grossen Ueberschusses, den wir haben, der Bevölkerung unnötig eine neue Belastung durch die erhöhte Wohnbausteuer auferlegt haben. In den Zeiten des Alterstums haben die Schätze des Krösus die Phantasie der Menschen beschäftigt, später war es der Nibelungenhort und es scheint, dass in unserer Zeit die Kassenbestände der Gemeinde Wien, die Rolle haben, die Gmüter in ungeheurer Weise zu erregen (Heiterkeit und Beifall bei der Mehrheit). Gewiss ist schon etwas daran. 635 Milliarden Kronen - das spricht sich anders aus als vierzig Millionen - aber im Wesen ist es natürlich nichts anderes. Dieser Ueberschuss hat ja zum grössten Teil bereits seine Bestimmung gefunden. Es ist richtig, dass bei Abfassung des Voranschläges, gerade die Zeit der Stabilisierung der Währung, die Zeit der stärksten Bewegung der Preise war und da haben wir in der Einschätzung der Einnahmen, diese sehr vorsichtig eingesetzt, wenn auch nicht ganz genau so wie der Bundesminister für Finanzen. Und das gleiche haben auch Ihre Finanzreferenten in den viel ruhigeren Friedenszeiten getan. Ich muss sagen, dass ich immer in diesen vergangenen Jahren mit einem gewissen Bangen den Tagen des Rechnungs-

abschlusses entgegengesehen habe und fürchtete, dass er schlecht ausfallen und das Defizit an dessen Beseitigung wir gearbeitet haben, nicht rasch genug verschwinden würde. Da gehört es schon zu den grossen Ueberraschungen, besonders heftigen Angriffen ausgesetzt zu sein, wenn der Abschluss gut ausfällt. Ich möchte das Wüten der Opposition sehen, wenn wir vor sie mit einem so hohem Defizit gekommen wären, wie es jetzt der Ueberschuss ist (Sehr richtig). Wir waren vorsichtig bei der Ansatzung der Einnahmen, wir waren aber auch bei unseren Investitionen vorsichtig, da wir damals nicht wussten, wie die Wirtschaft sich einstellen wird. Wir haben damals in das Budget des Jahres 1923 wenig Investitionen aufgenommen. Als die Verhältnisse sich besserten und die Einnahmen stärker geflossen sind, als wir sie im Präliminare angesetzt hatten, haben wir bereits im Februar 1923, also mit einer Differenz von etwa sechs Wochen nach Genehmigung des Voranschläges das Wohnbauprogramm, im März das erste, im Mai das zweite und im Oktober das dritte Notstandsprogramm eingebracht. Es ist gar kein Geheimnis, dass es unmöglich war, das Wohnbauprogramm bis 31. Dezember 1923 auch wirklich auszuführen. Das konnte einfach nicht gelingen, weil Bauführungen eine gewisse Zeit erfordern und weil manche dieser Bauten - wie zum Beispiel das Bad im zehnten Bezirk - erst später fertig werden wird. Wir haben also diese Summen nicht ausgegeben, sondern die Kosten für das Jahr 1924 vor getragen und haben aus den Geldern 545 Milliarden Kronen aus den Kassenbeständen zur Deckung herangezogen, also die Kassenbestände, mit denen wir in das Jahr 1924 eingehen, würden eigentlich am Ende des Jahres 1924 verschwunden sein. Gemeinderat Zimmerl hat gesagt, dass wir nicht allein 532 Milliarden eigene Gelder, sondern 222 Milliarden fremden Geldern haben, wie die geteilten Steuern u.s.w. Herr Zimmerl würde sich auf das energischste verwahren, wenn jemand auf das Institut, dem er vorsteht, hinweisend, sagen würde, dass diese Direktion nicht nur ihre Kapitalien, sondern auch die ihr anvertrauten Gelder habe. Das sind eben zwei verschiedene Dinge, das sind Gelder, die in unseren Kassen liegen, die man aber nicht heranziehen kann, weil dies eine Veruntreuung wäre. Man könnte zur Anschauung kommen, dass wir zu hohe Kassenbestände haben. Da kann man doch nur aus den Erfahrungen der Vergangenheit schöpfen und sehen, wie es die frühere Gemeindeverwaltung, die schliesslich doch auch verstanden hat, diese Stadt zu verwalten, - ob es gerade die beste Verwaltung der Welt war, darüber wollen wir doch nicht streiten, aber Lueger war doch ein Verwaltungsgenie - mit den Kassenbeständen gehalten hat. Am 1. Juli 1910 betragen die Kassenbestände der Gemeinde Wien hundert Millionen Goldkronen, das sind 1440 Milliarden Papierkronen (Hört! Hört!) Das war aber nicht etwa zufällig. Am 1. Juli 1911 betragen die Kassenbestände 99 Millionen Goldkronen, also 1426 Milliarden Papierkronen, am 1. Juli 1912 waren sie 76 Millionen Goldkronen, also 1094 Milliarden Papierkronen und am 1. Juli 1923 in ihrem tiefsten Stand 45 Millionen Goldkronen, also 648 Milliarden. Sofort fand eine Auffüllung statt und am 1. Juli 1914 waren sie 82 Millionen Goldkronen, also 1181 Milliarden Papierkronen. Damals war aber die Wirtschaft entschieden leichter, als gegenwärtig. Damals brauchte man den Firmen, die Arbeiten für die Gemeinde hatten, nicht die Hälfte voranzahlen, weil sie sonst nicht in der Lage gewesen wären, die Arbeit auszuführen (Sehr richtig!). Damals musste man Vadien erlegen und ähnliches. Die frühere Gemeindeverwaltung hat dies aber nicht aus Spielerei getan, nicht etwa, wie man es mir gegenüber sagt, damit die Banken grosse Einlagen haben, sondern als Erkenntnis

6

der Notwendigkeit. Die Lehre, die die Partei der heutigen Minderheit in den Anfängen ihrer Bewegung gerade von den Banken erhalten hat, war das es für eine Verwaltung, welche immer es sei, keinen schlechteren Zustand gibt, als von den Banken abhängig zu sein (Sehr richtig!)  
Erinnern Sie sich doch an den Versuch, diese christlichsoziale Gemeindeverwaltung unmöglich zu machen, indem man ihr einfach das Geld verweigert und wenn sich nicht damals in der Person des Direktors Lohnstein ein Mann gefunden hätte, der mit dieser Bewegung gegangen ist, so wäre vielleicht dieses Experiment, sich in die öffentliche Verwaltung durch Zuhaltung des Geldbeutels einzumengen, gelungen. Bei unserer Verwaltung war es dasselbe Institut, das im September 1922 der Gemeinde damals einen sehr bescheidenen Kredit von 12 Milliarden verweigerte und uns zwang, förmlich über Nacht eine neue Bankverbindung zu suchen. Zufällig war es dieselbe Bank, von der damals Lueger weggegangen ist, zu wir jetzt zurückgekehrt sind. Beide Parteien müssen darin übereinstimmen, dass es völlig unzulässig ist, dass die Grossbanken dadurch, dass die über gewisse Geldmittel in Form der Einlagen verfügen, sich in die Dinge der Verwaltung einmengen und sie anderes bestimmen wollen, als es die Wählerschaft getan hat. Diese Dinge, die damals genötigt haben, gewisse grosse Kassenbestände zu führen, zwingen dazu heute noch weitaus mehr. Wenn wir nicht darauf verzichten wollen, in Abhängigkeit von den Kreditinstituten zu geraten und vor ihnen als Bettelnde oder Bittende zu erscheinen und wenn wir es nicht ihrem Ermessen anheimstellen wollen, von welcher Mehrheitspartei die Verwaltung geführt werden soll, brauchen wir grosse Kassenbestände. Gemeinderat Kunschak hat unsere Verwaltung einer Reihe von Uebelständen bezichtigt. Er hat darauf verwiesen, dass die Monopole von den Christlichsozialen in den Gemeindebesitz überführt wurden. Gewiss war das ein Fortschritt. Aber man kann trotzdem finden, dass es auch in dieser Beziehung eine weitere Entwicklung gibt. Damals hat jeder Mensch, der die Strassenbahn benützte, auch Steuer für die Gemeinde gezahlt. Heute haben wir nun den Fortschritt, dass die unteren Schichten der Bevölkerung entlastet sind und aus den Monopolen die Gemeinde keinen Nutzen zieht. Unter ihrer Verwaltung war jeder Strassenbahnfahrgast Steuerzahler, während die Besitzer von Automobilen keine Steuer zahlten. Gemeinderat Kunschak hat gegen uns den Vorwurf erhoben, dass wir auf dem Umweg über die Fürsorgeabgabe aus den Unternehmungen für die Gemeindekasse gewisse schöpfen. Ich verweise darauf, dass der Wiener Landtag seinerzeit einstimmig beschlossen hat, als Wirkung eines Bundesgesetzes, nach dem die Gemeinde einen Anspruch auf die Fürsorgeabgabe von den Bundesbetrieben nur unter der ausdrücklichen Bedingung erwirbt, wenn auch die Gemeindeunternehmungen die Fürsorgeabgabe zahlen. Wohl aber haben wir gegenüber den Unternehmungen etwas getan, das weit über diese Fürsorgeabgabe hinausgeht. Während nämlich früher die Gemeinde für den eigenen Verbrauch von Gas und elektrischen Strom nur die halben Preise zahlte, muss sie heute den gleichen Preis entrichten, wie ihn die übrigen Abnehmer zu leisten haben. Es gibt also auch aus den Titel der billigeren Abgabe von Gas und Strom keine Subventionierung der Gemeinde aus den städtischen Monopolen. Gegenüber dem Vorwurf, dass die Beamten mit der grössten Härte die Steuern eintreiben, will ich nur feststellen, dass ich dafür die volle Verantwortung trage. Ich übernehme diese Verantwortung gerne, da dadurch nicht nur der Gemeinde gedient ist, son-

dern auch allen pünktlichen und anständigen Steuerträgern, die doch die grosse Mehrzahl bilden. In der letzten Zeit wird in der Presse behauptet, dass Organe des Magistrats bei Geschäftsleuten erscheinen, sich der Kassa bemächtigen und Geld wegnehmen. Wir haben auf Grund dieser Berichte amtliche Erhebungen durchgeführt und es hat sich ergeben, dass alle diese Behauptungen unrichtig sind und kein einziger konkreter Fall angegeben werden konnte. Besonders geklagt wurde über die Steuern, die von der Gemeinde vom Gast- und Schankgewerbe eingehoben werden. Ich kann mitteilen, dass der Vorsteher der Kaffeesiedergenossenschaft, der am Sonntag in der Volkshalle bei der Demonstration der Schankgewerbetreibenden sprach, im Frieden für sein Lokal und seine Wohnung einen Mietzins von 4432 Goldkronen zahlen musste, also 91 Millionen Papierkronen, während er heute an städtischen Steuern, einschliesslich der Wohnsteuer, nur neun Millionen Kronen, also nicht einmal ein Zehntel des valorisierten Mietzinses zahlt. Solche Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Die Gemeinde wird sich auf keinen Fall durch einen solchen Terror, der von den Besitzern der Nachtlokale ausgeht, bestimmen, die Verwaltung in einem anderen Geist zu führen. Diese Demonstration wird an der Richtung der Steuerpolitik der Gemeinde nicht das geringste ändern.

7

Es ist auch viel über die Wohnungspolitik der Gemeinde gesprochen worden. Dabei wurde auch darauf verwiesen, dass vor dem Krieg in Wien immer eine grosse Zahl von Wohnungen leer gestanden sind. Das war damals begreiflich, da die Leute diese Wohnungen entweder nicht bezahlen konnten, oder infolge ihres Kinderreichtums einfach von den Hausbesitzern abgewiesen wurden. Würde man nach dem christlichsozialen Rezept verfahren und die Mietzinse nach und nach valorisieren, dann hätten wir vielleicht 50.000 bis 70.000 leere Wohnungen, weil die meisten arbeitenden Menschen könnten den ihnen auferlegten Mietzins nicht erschwingen und gerade der Mittelstand würde zusammenbrechen.

Herr G. R. Kunschak hat in seiner Besprechung der Strassenbahnen gesagt, dass jetzt die Unfälle eine ausserordentliche Steigerung erfahren haben und zwar besonders die Todesfälle. Diese Behauptung hält einer Nachprüfung nicht stand. Es gab im Jahre 1911, an dem wir an der Verwaltung noch keine Schuld hatten, 14 Todesfälle, 1922 waren es 12, 1923 ebenfalls 12 und leider sind es jetzt auch schon 12. Von einem Zuwachs ist also gar keine Rede abgesehen davon, dass es damals 340 Passagiere und jetzt gibt es 530 Millionen. Ausser dem ist die Bevölkerung vernünftiger geworden.

Rummelhardt  
St. R. Sie kann jetzt doch gar nicht aus dem Wagen heraus.

St. R. Breitner. Der rechte Flügel der christlich-sozialen Partei, der Herr Flaschkes (Lebhafte Heiterkeit und Beifall) - ich muss dies annehmen, da er mit den anderen Rednern der christlich-sozialen Partei vollkommen übereinstimmt...

St. R. Rummelhardt Er war bei auch schon oft der linke Flügel!

St. R. Breitner Die Dinge ändern sich eben! Er hat uns Ratschläge gegeben. Es wäre nicht loyal, wenn wir ihm die guten Ideen rauben wollten. Wir überlassen es ihm, mit dem Abbau des Mieterschutzes und niedrigeren Steuern der Wachtlokale den Wiederaufbau seiner Partei durchzuführen.

(Stürmische Heiterkeit). Redner spricht sich gegen den Antrag des G. R. Biber aus, da er eine Änderung der Verfassung erfordern würde und die Kontrolle des Rechnungsabchlusses im Finanzausschusse gesichert ist. Bei Besprechung des Vorwurfes, dass die Gemeinde ihre prächtigen Bauten aus fremden Geld, das heisst aus den Einkünften der Wohnbausteuer errichtet, so fragt St. R. Breitner, ob etwa die Bauten aus den Einkünften der amtierenden Stadträte gerichtet werden sollen. (Lebhafte Heiterkeit)

Auch die frühere Verwaltung hat ihre Bauten aus fremden Geldern bestritten aus den Geldern der Steuerträger. Der Unterschied ist nur, dass jetzt die Künstler auch für die Armen Viertel bauen, während früher sie nur für die Prachtbauten beschäftigt wurden. Redner schliesst mit den Worten Wir leugnen nicht, dass wir neue Wege gehen, die wir die Verteilung der Lasten auf andere Weise vollziehen. Von unserer Politik werden wir uns nicht abbringen lassen. Wenn die Bevölkerung eine andere Politik wünscht, so wird sie sich darüber entscheiden müssen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Nach tatsächlichen Berichtigungen der G.R. Zimmerl, Dr. Motzko, Stöger wird der Rechnungsabschluss angenommen und der Antrag Biber abgelehnt. Der Bürgermeister schliesst um  $\frac{1}{2}$  12 Uhr Nachts die Sitzung.

Zur Beachtung ! Es wird freundlichst ersucht, über die morgen vormittags stattfindende Besichtigung der neuen Uhr auf dem Rathaus-  
turm in den Morgenblättern nichts mitzuteilen, damit die Arbeit nicht  
durch eine allzu große Zuschauermenge gestört wird.

-----

Der Selbstmord des Gymnasiasten Thomas Schwarz. Der Stadtschulrat  
hat nun die Vorarbeiten in der Angelegenheit des auf so tragische  
Weise aus dem Leben geschiedenen Oktavaners Schwarz abgeschlossen.  
Es wurde der Beschluß der Lehrerkonferenz des akademischen Gymnasiums,  
der den Ausschluß des Schülers zur Folge hatte, aufgehoben, da sich  
im Verfahren Mängel und Fehler, sowohl in der Bewertung des Vorfalles  
wie in der formalen Behandlung ergaben. Ueber das von dem Lehrkörper  
gestellte Ansuchen um Einleitung des Disziplinarverfahrens wird im  
Laufe des morgigen Tages von der Disziplinarkommission entschieden  
werden. Indem der Stadtschulrat neuerdings seinen Entschluß bekundet,  
die Untersuchung der Angelegenheit mit aller gebotenen Sorgfalt und  
Entschiedenheit weiterzuführen, erachtet er es gleichzeitig als seine  
Pflicht, die in der letzten Zeit in verschiedenen Veröffentlichungen  
erhobenen Vorwürfe gegen die Gesamtheit der Mittelschullehrer als eine  
jedenfalls ungerechtfertigte Verallgemeinerung zurückzuweisen.

-----